

**Aktiv Barrierefrei Selbstbestimmt Leben e.V.**  
**Harmsdorferstr. 8e**  
**23909 Giesensdorf**

**1. Ich betrachte den deutschen Föderalismus als die größte Bremse einer wirkungsvollen Behindertenpolitik. Das haben vor sehr langer Zeit Politiker schon bei der Arbeitsmarktpolitik herausgefunden, es wurde die Bundesanstalt für Arbeit geschaffen. Ich denke man sollte auch eine Bundesanstalt für Behindertenangelegenheiten schaffen. Wie ist Ihre Auffassung hierzu.**

Die Piratenpartei Deutschland stellt das föderalistische System nicht in Frage. Gleichwohl sind Leistungen für Menschen mit Behinderungen über viele verschiedene Institutionen fragmentiert. Die PIRATEN engagieren sich auf verschiedenen Ebenen und unterstützen die Initiative "Gesetz zur Sozialen Teilhabe - Gesetz zur Änderung des SGB IX und anderer Gesetze". Dort werden auch wichtige Lösungsansätze für bestehende unklare oder unwirksame Zuständigkeiten geregelt: So soll die Eingliederungshilfe aus dem SGB XII und damit dem Verantwortungsbereich der Kommunen ausgegliedert und im SGB IX angegliedert sowie über Bundesmittel finanziert werden. Bezogen auf die Teilhabe am Arbeitsleben sollen nach diesem Gesetzentwurf Menschen, die bisher in Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt waren und als nicht erwerbsfähig gelten, in den Zuständigkeitsbereich der Agentur für Arbeit gehören und Leistungen der Agentur für Arbeit in Anspruch nehmen können. Ein anderer Schwerpunkt liegt für uns in Unterstützungsangeboten, die Menschen mit Behinderungen in die Lage versetzen, möglichst selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und wirklich beteiligt zu werden. Seit dem 1. Januar 2008 haben Menschen mit Anspruch auf Teilhabeleistungen einen Rechtsanspruch auf das Persönliche Budget. Die PIRATEN unterstützen dieses Konzept zur Verwirklichung der Inklusion von gesundheitlich herausgeforderten Menschen und wirken an seiner stetigen realitätsgerechten Verbesserung mit.

Eine Zusammenführung der Leistungsträger auf kommunaler Ebene wäre sinnvoll, da hier in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und den lokalen Behörden und Behindertenverbänden eine individuelle Lösung am besten zu erzielen ist. Gleichzeitig müssen beispielsweise auch Bau- oder Schulbehörden über die Rechte und Belange von Menschen mit Behinderungen besser informiert und sensibilisiert werden. Den Behindertenbeauftragten sollte hierbei ein höherer Stellenwert eingeräumt werden und sie sollten parteineutral tätig sein.

**Frage 2. Inklusion ist das große Zauberwort seit der Ratifizierung der UN-BRK, doch richtige Inklusion kann nach meiner Auffassung nur gelingen, wenn behinderte und nicht behinderte Kinder so früh als möglich zusammenkommen, man lernt sich besser kennen und eher verstehen. Es ist dann auch leichter eventuelle Probleme des Anderen zu begreifen. Für mich gehören Kinder schon im Kinderhort zusammengeführt. Dazu ist allerdings Hort und Kindergartenpflicht notwendig. Es wäre also nötig, die Versäumnisse der Jahre 1949 bis heute aufzuarbeiten.**

Die Gestaltungsmöglichkeiten der Kindertagesstätten befinden sich in der Entscheidungsebene der Landes- und Kommunalparlamente und deren Träger. Die PIRATEN verfolgen das Ziel, alle Betroffenen am gesellschaftlichen Leben im Sinne der Inklusion teilhaben zu lassen, was Gemeinsamen Unterricht an Regelschulen einschließt. In einem Entwurf zum Wahlprogramm fordern wir unter anderem, dass jedes Kind, egal ob mit oder ohne Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf, wohnortnah einen Lernort bzw. eine Schule besuchen kann. Weiterhin sollen die Einrichtungen über barrierefreie Zugänge (DIN 18040-1) für alle Kinder

verfügen und über eine adäquate Ausstattung und Qualifizierung an Personal, Lehr- und Lernmitteln. Diese Forderungen, die sich auf den Schulbesuch beziehen, können auf Kindertagesstätten übertragen werden.

Die Pflicht zum Besuch einer Kindertagesstätte widerspricht unseren Grundsätzen nach selbstbestimmten Leben. Wir sehen es eher als unsere Aufgabe an, jedem Kind mit Behinderung innerhalb und außerhalb von Bildungseinrichtungen gleichberechtigte Möglichkeiten zu bieten, damit sie mit Altersgenossen interagieren können und eine individuelle Förderung erhalten. Förderbedarfe können über soziale Indikatoren im Einzugsbereich und individuell zugewiesen werden. Unterrichtsmaterialien sollten lizenzfrei in verschiedenen Formaten nutz- und kostenfrei vielfältig sein (z.B. in Schwarzschrift, Braille, in offenen digitalen Textformaten oder DAISY). Wir setzen uns weiterhin für das Recht auf lebenslanges, individuelles Lernen und eine öffentliche, leistungsfähige Bildungsinfrastruktur, die dann auch nicht mit der Schule endet, sondern in die Berufsausbildung, Erwerbstätigkeit, Freizeit und Ehrenamt einfließt. Die Piratenpartei Deutschland spricht sich für eine Vielfalt in der Gesellschaft aus.

**Frage 3. Ein Thema was sicher nicht behinderten spezifisch ist, aber eine der Grausamkeiten im Sozialen. Es gibt im Krankenversicherungswesen gewisse Befreiungsgrenzen, die sich alle am Bruttoeinkommen orientieren. So ein Unsinn, wer kann den von der Tara leben, vielleicht die Politiker die diese Rechenart erfunden haben.**

Die PIRATEN fordern in ihrem Parteiprogramm ein Gesundheitswesen, das sich solidarisch finanziert, hierzu sollen sich alle Bürger an der Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen. Wir schließen uns Ihrer Ansicht an, dass das Gesundheitswesen reformiert werden muss. Diese Reformen wollen wir jedoch nicht nur auf die Änderung der Bemessungsgrenze Brutto- in Nettoeinkommen begrenzen, das wäre zu kurz gedacht.

Wir wollen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit jedes Menschen berücksichtigt wird und eine einkommens- und vermögensunabhängige Gesundheitsversorgung geschaffen wird und setzen uns dafür ein, dass Privilegien der Privaten Krankenversicherungsunternehmen im Interesse einer einkommens- und vermögensunabhängigen Gesundheitsversorgung abgeschafft werden.

Gleiche Leistungen bei vergleichbarer Qualität werden grundsätzlich unabhängig von Art und Struktur des Leistungserbringers gleich und angemessen bezahlt. Bei Pauschalierungen des Abrechnungssystems ist zu berücksichtigen, dass Behandlungen von Patienten mit besonderem Aufwand angemessen berücksichtigt werden. Die PIRATEN befürworten eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Abrechnung von Leistungen im Gesundheitssystem. Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass die Vergütung der Leistungserbringer im Gesundheitswesen angemessen, transparent und planbar ist.

**4. Dürfen Parkplätze wie im folgenden Video gezeigt [http://www.youtube.com/watch?v=kgRVeXOFI\\_0](http://www.youtube.com/watch?v=kgRVeXOFI_0) weiterhin straflos als Behindertenparkplätze angeboten werden und muß es sein dass durch solche Parkplätze verursachte Unfälle, jahrelange Gerichtsverfahren nach sich ziehen ohne der Geschädigten Schadenersatz oder Schmerzensgeld zu gewähren.**

Die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung von Behindertenparkplätzen bezieht sich mehr auf die Möglichkeit einen Parkplatz in Eingangsbereichen zu öffentlichen und kulturellen Einrichtungen nutzen zu können bzw. im privaten Bereich. Die Einrichtung des Behindertenparkplatzes obliegt dem Grundstückseigentümer soweit es sich um einen privaten Parkplatz handelt und der Stadt oder Kommune, sofern dieser sich im öffentlichen Straßenland

befindet. Die Angebote an Behindertenparkplätzen sind auch hinsichtlich der von Ihnen geschilderten Situation zu prüfen, bisher besteht lediglich für Tiefgaragen und Parkflächen die Forderung, diese eben einzurichten, empfohlen wird eine Absenkung hin zum Fußgängerweg.

In einem Vorschlag zum Wahlprogramm setzen wir uns mit der Abwägung der Interessen von Barrierefreiheit und Denkmalschutz auseinander. Wenn sich die Interessen von Barrierefreiheit und Denkmalschutz gegenüber stehen, ist sowohl der Denkmalschutzbeauftragte als auch der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt in die Lösung des bestehenden Konflikts einzubeziehen. Das Ergebnis soll auf jeden Fall eine Verbesserung der Barrierefreiheit sein. Damit im zukünftigen Denkmalschutz die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden, ist es notwendig, den Verantwortlichen der Denkmalpflege entsprechende Kenntnisse und Grundlagen für eine barrierefreie Gestaltung von Lebensräumen zu vermitteln.